



Der Klub der BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellt, eingebracht zur Sitzung der Bezirksvertretung am 09. September 2021, gemäß §23 BV-GO folgende

1. Anfrage

zum Betreff:

Der Nationalrat hat mit seinem 145. Bundesgesetz Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro für die Jahre 2021-2023 als Delogierungspräveniton beschlossen.

Der geschätzte Herr Bezirksvorsteher möge Stellung nehmen:

1. Wie viele Mieterinnen und Mieter in unserem Bezirk sind seit Juli 2020 von coronabedingten Mietrückständen und damit von Kündigungen oder Zahlungsbefehlen und Delogierungen betroffen?
2. Wie viele Betroffene haben sich aus unserem Bezirk und in welcher Höhe um entsprechende Unterstützung bereits an das Bezirksamt und / oder an den zuständigen Magistrat gewandt?

Begründung:

Die Initiative des Nationalrates zur Wohnungssicherung ist für viele Menschen in unserem Bezirk von äußerster Wichtigkeit. Kein Mieter, keine Mieterin darf auf Grund von coronabedingten Zahlungsschwierigkeiten seine / ihre Wohnung verlieren. Es wäre auch wichtig, dass die Bezirke entsprechende Aufklärungsarbeit für die MieterInnen im Bezirk initiieren, bzw. diesbezügliche rechtliche Beratung anbieten.

Fritz Fink
Klubobmann

Sidal Keskin
Bezirksrätin